

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.10.2023

Inhalt

EWN

1 Wer schützt unsere Pipelines? <i>Berliner Morgenpost, 12.10.2023</i>	3
2 7,6 Millionen Euro für Beraterverträge <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 12.10.2023</i>	6

Wer schützt unsere Pipelines?

Nach der Beschädigung von Gas- und Datenleitungen in der Ostsee droht die Nato mit einer entschlossenen Reaktion

Brüssel/Berlin. Der Verdacht einer neuen Sabotageaktion gegen eine Gaspipeline in der finnischen Ostsee hat bei Nato und EU große Besorgnis ausgelöst. Die Nato-Verteidigungsminister berieten am Mittwoch in Brüssel über den Vorfall. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte, wenn sich bestätigen sollte, dass es sich um einen gezielten Anschlag auf kritische Infrastruktur im Nato-Gebiet handele, werde die Allianz eine „entschlossene Antwort“ geben.

Was ist passiert?

Bei dem Vorfall waren die Gasleitung Balticconnector zwischen Finnland und Estland im finnischen Bereich der Ostsee und ein Datenkabel beschädigt worden. Nach einem Druckabfall in der Nacht zum Sonntag wurde die 77 Kilometer lange Gasleitung abgeschaltet. Erst am Dienstag informierten die finnische und die estnische Regierung über die Vermutung einer gezielten Beschädigung. Die Pipeline ist seit dem russischen Gaslieferstopp die einzige Leitung, über die Finnland Erdgas bezieht. Doch deckt das Gas nur fünf Prozent des finnischen Energieverbrauchs. Premierminister Petteri Orpo sagte, Finnlands Energieversorgung bleibe stabil.

Beide Regierungen berieten sich mit den Spitzen von EU und Nato. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, sie verurteile aufs Schärfste jeden Akt der vorsätzlichen Zerstörung kritischer Infrastruktur. Von der Leyen verglich den Vorfall mit der noch immer nicht aufgeklärten Attacke gegen die Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 im September 2022. Es sei das zweite Mal innerhalb von etwas mehr als einem Jahr, dass diese Art wichtiger Infrastruktur beschädigt werde, sagte von der Leyen.

War es eine Explosion wie bei Nord Stream?

Eher nicht, aber die Experten sind sich uneins. Anders als bei den Sprengstoffanschlägen vor einem Jahr wurden in den angrenzenden Ländern keine Erschütterungen gemessen. „Wir haben keinerlei Signale ei-

ner Explosion festgestellt“, sagte der Forschungsdirektor der Seismologischen Universität Helsinki, Timo Tiiira. Ähnlich äußerten sich Seismologen in Estland. Der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur sagte, nach vorläufigen Erkenntnissen habe es keine Explosion gegeben. Bilder von den Schäden bestätigten aber, dass der Schaden mechanisch und von Menschen verursacht worden sei. Die Beschädigung könne nicht allein von einem Taucher oder einem kleinen U-Boot herbeigeführt worden sein, dazu sei sie zu massiv. Die zentrale Kriminalpolizei Finnlands erklärte, die Schäden seien so groß, dass die Reparatur vermutlich Monate dauern werde.

Im Widerspruch zu den Befunden stehen Angaben des norwegischen seismologischen Instituts Norsar: Die Wissenschaftler haben nach eigenen Angaben am Sonntag gegen 1.20 Uhr in der betroffenen Ostseeregion einen Vorfall registriert, der wahrscheinlich eine Explosion gewesen sei. Das würde sich mit finnischen Angaben decken, wonach der Schaden um 2 Uhr entdeckt wurde. Norsar gibt die gemessene Magnitude mit 1.0 an, bei den Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines wurde die dreifache Stärke gemessen. Das Institut gibt an, die vermutete Sprengkraft am Sonntag entspreche weniger als 100 Kilogramm TNT. Den Verdacht eines Sabotageaktes hatte als Erster der finnische Präsident Sauli Niinistö öffentlich geäußert und von „Aktivitäten von außen“ gesprochen. Die Ermittlungen gingen weiter, auch mit Unterstützung der Nato, sagte er.

Steht Russland im Verdacht?

Offiziell nicht. Die Regierungen in Finnland und Estland vermieden ebenso wie die Spitzen von Nato und der EU, einen Verdacht zur Urheberchaft zu äußern. In Regierungskreisen in Helsinki wird aber ein Zusammenhang mit dem finnischen Nato-Beitritt vor gut einem Jahr für wahrscheinlich gehalten. Auch in Sicherheitskreisen in Brüssel gilt dies als plausibel: Es handele sich möglicherweise um einen Test, wie die Nato

auf einen solchen Vorfall reagieren würde.

Finnische Medien berichten unter Berufung auf Sicherheitskreise, in der Nähe der Stelle habe sich ein russisches Frachtschiff das ganze Wochenende aufgehalten. Der unabhängige Militärbeobachter Konrad Muzyka erklärte, ein russisches hydrografisches Beobachtungsschiff sei im Mai, August und September in der Nähe der Pipeline gesichtet worden. „Sehr wahrscheinlich hat Russland die Pipeline ausgespäht“, meint Muzyka. Die russische Regierung bezeichnete die Berichte über die vermutete Sabotage als „alarmierende Neuigkeit“ und verwies mit Bedauern darauf, dass es auch schon gegen Nord Stream „Terroranschläge“ gegeben habe.

Wie werden die Pipelines geschützt?

Schon nach den Explosionen an Nord Stream 1 und 2 hatten deutsche Sicherheitsbehörden ebenso wie die Nato verstärkte Schutzmaßnahmen angekündigt. Die Allianz verdoppelte ihre Präsenz in der Nord- und Ostsee auf mehr als 30 Schiffe, sie setzt Seeaufklärungsflugzeuge ein und hat die Sicherheitsmaßnahmen rund um Öl- und Gasplattformen erhöht. Vor allem an der norwegischen Küste in der Nähe von Öl- und Gasleitungen patrouillieren verstärkt Kriegsschiffe. Für die Überwachung der deutschen Hoheitsgewässer ist die Bundespolizei zuständig. Sie setzt dafür jetzt mehr Schiffe und Hubschrauber ein. Gesteuert wird die Überwachung über das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) von Bund und Ländern in Cuxhaven. Eingebunden ist dort die Bundeswehr: Die Marine verfügt unter anderem über sechs U-Boote, die zum Schutz von Unterwasserleitungen eingesetzt werden

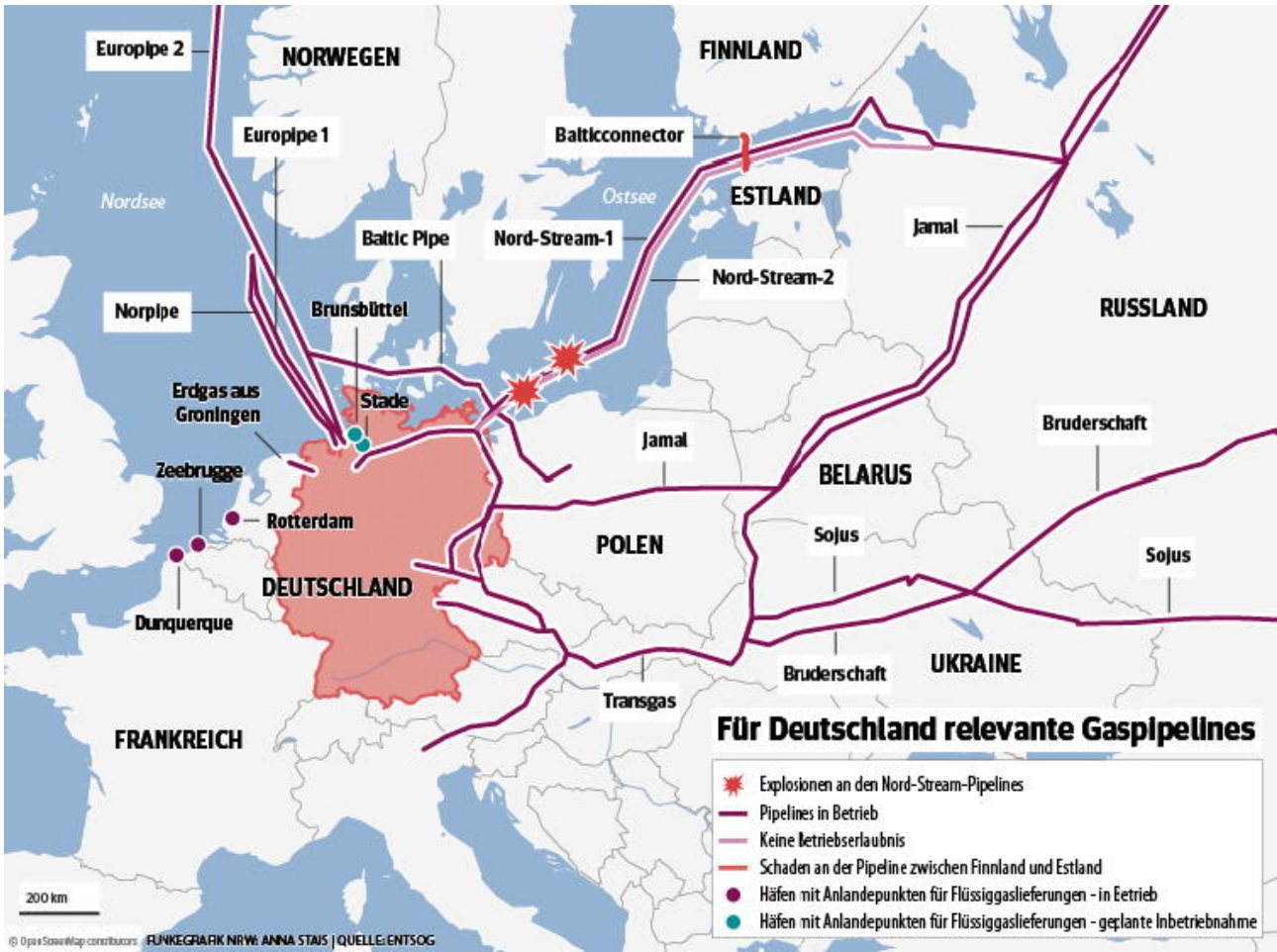
können.

Drohen Anschläge auf die Leitungen?

Die Leitungen, Pipelines und Kabel auf dem Meeresboden haben feindliche Staaten ebenso wie zum Beispiel Cyberkriminelle intensiv im Visier, warnen Nato-Militärs und Geheimdienste seit Langem: Russland und China spionieren demnach gezielt die Unterwassereinrichtungen von Nato-Ländern aus. Nato-Experten berichten in Brüssel, dass russische Schiffe diese maritime Infrastruktur in wichtigen Teilen des Bündnisgebiets bereits kartiert haben. Die Aktivitäten der russischen Unterseeflotte hätten erkennbar zugenommen.

Das Problem: Die Leitungen sind meist nicht besonders geschützt. Die Nato hat deshalb vor einigen Monaten eine neue Koordinierungsstelle geschaffen, die besonders riskante Schwachstellen ermitteln soll, stark gefährdete Zonen könnten durch Unterwasserdrohnen oder U-Boote gesichert werden. Die Nato plant außerdem ein Zentrum in der Nähe von London, das ein neues Überwachungssystem entwickeln soll.

Vorerst gilt es als kaum möglich, alle Leitungen vollständig gegen Angriffe zu schützen. Ziel ist aber, die Täter und Auftraggeber nach einem Sabotageakt zu enttarnen. Nato-Chef Stoltenberg hat zur Abschreckung bereits klargestellt, dass die Allianz einen schweren Sabotageakt so behandeln könnte wie einen bewaffneten Angriff auf eines ihrer Mitgliedsländer – und dann den Bündnisfall ausrufen würde. Wer wichtige Leitungen angreift, so die Brüsseler Warnung, riskiert den Krieg.



📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 12.10.2023 | S. 4

📄 Auflage: 16.731 | Reichweite: 48.341

👤 Thomas Volgmann

7,6 Millionen Euro für Beraterverträge

MV-Ministerien geben Steuergeld für externen Sachverstand aus

Statt sich auf das eigene Personal zu verlassen, geben die Staatskanzlei von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und die acht Ministerien in Mecklenburg-Vorpommern immer mehr Geld für externen Sachverstand aus. 7,6 Millionen Euro bezahlte die Landesregierung im vergangenen Jahr an Honoraren für Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfer, Psychologen oder PR-Berater, wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Schweriner Landtag hervorgeht. Im Jahr zuvor waren es noch 6,4 Millionen Euro.

Der Trend hält auch in diesem Jahr weiter an. 6,6 Millionen Euro an Steuergeldern wurden von Januar bis einschließlich Juli bereits an Beraterhonoraren ausgegeben. Spitzenreiter war 2022 mit 2,5 Millionen Euro das Finanzministerium. Größte Posten im Hause von Minister Heiko Geue (SPD): Leistungen für digitale Abrechnungsprogramme. Die Opposition im Landtag kritisiert allerdings etwas anderes. „Beim Finanzministerium auffallend ist nicht unbedingt die Höhe, aber die Häufigkeit der Beratungen in Personalangelegenheiten. Zwischen 2021 und 2023 waren es ganze 13 mal der Fall“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag, Sabine Enseleit, unser Redaktion. Jedes Ministerium hat aber eine eigene Personalabteilung.

An zweiter Stelle steht das Wirtschaftsministerium mit

1,7 Millionen Euro für 33 Auftragsleistungen. Pikant: Das Ministerium zahlte laut Antwort der Landesregierung 2022 noch 200 000 Euro für Leistungen im Zusammenhang mit der russischen Pipeline Nord Stream 2. Als Empfänger des Geldes werden in der Antwort „Verwaltungshelfer beim energierechtlichen Planfeststellungsverfahren Nord Stream 2 und der Europäischen Gas-Anbindungsleitung“, angegeben.

Enseleit: „Die Landesregierung lässt in ihrer Antwort allerdings offen, wer diese Verwaltungshelfer waren. Dazu benötigt es umgehend eine Antwort.“

Die Schweriner Staatskanzlei zahlte dagegen hohe Summen für Leistungen in der Kommunikationsberatung an externe Unternehmen. 19 800 Euro waren es 2022 für eine einzige Auftragsleistung. „Vermutlich für Ex-Bild-Chef Kai Diekmann“, so die FDP-Politikerin. Der „Spiegel“ hatte im Mai berichtet, dass die Agentur des früheren Chefredakteurs der „Bild“-Zeitung für eine positivere Wahrnehmung der umstrittenen Stiftung Klima- und Umweltschutz MV in den sozialen Medien sorgen sollte. Dazu hätten sich Schwesig und Diekmann unmittelbar nach Gründung der Stiftung im Januar 2021 in einer Videokonferenz ausgetauscht. In diesem Jahr zahlte die Staatskanzlei laut Antwort der Landesregierung bereits 24 900 Euro für „politisch-strategische Kommunikationsberatung“ an einen externen nicht genannten Berater.